Weil Putin die Lieferungen einstellen könnte:

Österreich aktiviert Gas-Notfallplan

BERICHT SEITEN 12/13

Donnerstag, 31. März 2022 € 1,50

Kronen Zeitung
UNABHÄNGIG
Wien Krone
krone.at Ausgabe Nr. 22.254
Wien 1190, Muthgasse 2, 05 7060-0
Abonnement-Service: 05 7060-600

AMTSMISSBRAUCH?
Ermittlungen gegen Sobotka eingeleitet
SEITEN 2/3

SCHULWART UND VATER TOT
Kriminalfälle stellen Polizei vor ein Rätsel
SEITEN 18/19

NICHT RECHTSKRÄFTIG
Drogenhandel: Haft für Ibiza-Detektiv
GERICHT, SEITE 31

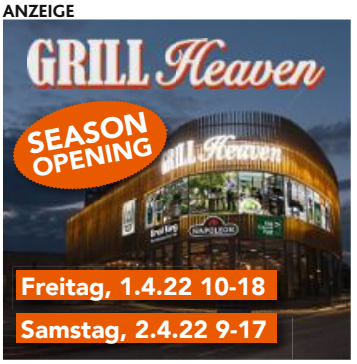
Schock nach Tod im Prater

Foto: Martin Jöchl

TRAURIGE GESICHTER im Wiener Wurstelprater. Viele Passanten wie auch die deutsche Studentin Laura reagierten am Tag nach der Tragödie betroffen. Weil eine Mitarbeiterin dieser Achterbahn eine Absperrung missachtet hatte, wurde sie von einer Gondel erschlagen. S. 20

VERORDNUNG LIEGT VOR
Wegweiser durch das Test-Chaos
Ab Freitag wird das Angebot für Gratis-Corona-Tests stark eingeschränkt. Welche Regeln gelten? Die „Krone“ hat die wichtigsten Fakten.
SEITEN 16/17

ANZEIGE

ANZEIGE


ANZEIGE

Fotos: EXPA/ Florian Schroetter

Oberstaatsanwalt Johann Fuchs wurde angeklagt und suspendiert. Justizministerin Alma Zadić (Grüne) hatte die Suspendierung im vertraulichen Teil ihrer Befragung angekündigt.

Zwei

Die Befragungen im ÖVP-U-Ausschuss wurden von neuen Ermittlungen und der Suspendierung von Oberstaatsanwalt Johann Fuchs überschattet.

Zugleich zwei Knallern kam es im U-Ausschuss: Mittendrin wurde zunächst publik, dass die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) gegen den Ausschussvorsitzenden und Nationalratspräsidenten Wolfgang Sobotka (ÖVP) wegen des Verdachts auf Amtsmissbrauch ermittelt

GEWERKSCHAFT

Viel Zulauf, aber leichtes Minus

Der Gewerkschaftsbund nimmt in Wirtschaftskrisenzeiten eine exponierte Rolle in der heimischen Arbeitsmarktpolitik ein – und scheint dabei eine veritable Werbewirkung zu erzielen: Mit 47.446 neuen Mitgliedern gab es 2021 so viele Neubeitritte wie seit fünf Jahren nicht, sagt Willi Mernyi, Leitender Sekretär im ÖGB. Wiedereintritte mitgezählt, kamen im Vorjahr 67.200 Menschen dazu.

Die Zahl der Betriebsratsgründungen hat sich im Vergleich zum Jahr 2020 verdoppelt. Insgesamt zählt der ÖGB rund 1,2 Millionen Mitglieder, was 2021 einem – vor allem alterungsbedingten – Rückgang von 0,18 Prozent entspricht. 2020 betrug der Mitgliederrückgang 1,5 Prozent.

Ermittlungen gegen Sobotka

Verdacht auf Amtsmissbrauch: Der Parlamentspräsident geht in Offensive

Es knallt noch einmal. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) ist erneut für die speziellen Effekte zuständig. Der „Krone“ liegt das Schriftstück, datiert mit 29. März, vor. Verdacht auf Amtsmissbrauch. Wolfgang Sobotka soll aus „unsachlichen, parteipolitischen Erwägungen“ für die Besetzung des Postens des stellvertretenden Landespolizeidirektors mit Franz Eigner gesorgt haben.

So der Vorwurf. Dadurch sei eine andere Bewerberin, Andrea Jelinek, bewusst übergangen worden. Jelinek zählt zum SPÖ-Lager. Sobotka, als Nationalratspräsident auch Vorsitzender des U-Ausschusses, war damals – 28. März bis 1. Mai 2017 – Innenminister. Die Vorwürfe werden bestritten. Es gilt die Unschuldsvermutung.

Sechsmal angezeigt seit Ibiza, fünfmal ist nichts passiert. Nun wird ermittelt. Die ÖVP vermutete die SPÖ dahinter. Doch die Anzeige stammt von Peter Pilz. Ex-Grünen-Aufdecker, nun Chef der Plattform zackzack. Pilz hat die Chats von Ex-Kabinettschef Michael Kloibmüller, eine brisante Quelle der Ermittlungen.

Anzeigenflut: „Habe stets alle Gesetze befolgt.“

Sobotka zeigt sich in der „Krone“ offensiv und bestürzt. „Ich habe 40 Jahre als Politiker die Gesetze nach Punkt und Beistrich befolgt. Auch in diesem Fall.“ Zentral ist eine Chatnachricht, die Sobotka erhielt. Er möge sich für die

EHRLICH GESAGT

HERR NIMMERWURSCHT

Wir schafften locker 4 Millionen Corona-Tests pro Woche, aber 4 Millionen Corona-Impfungen pro Jahr waren eine unlösbare Herausforderung.

Knaller im U-Ausschuss

(siehe Bericht unten). Diese Nachricht überschattete die Befragung von Justizministerin Alma Zadić (Grüne). Inhaltlich ging es um die zahlreichen Ermittlungen der WKStA und mögliche Einflussnahme sowie die wohl ebenso vielen justizinternen Streitigkeiten, in die die Behörde verwickelt ist.

Zadić betonte in ihrer Befragung, bereits einige Änderungen vorgenommen zu haben, um die Arbeitsbedingungen der WKStA zu verbessern – mitunter wurde Johann Fuchs, Chef der Oberstaatsanwaltschaft Wien, die Dienst- und Fachaufsicht über Causen der WKStA entzogen und Justizsektionschef Christian Pilnacek suspendiert. Angesprochen auf Chats, wonach Fuchs und Pilnacek einen WKStA-Staatsanwalt observieren lassen wollten, meinte Zadić mehrfach: „Ich lese keine Chats."

Oberstaatsanwalt Fuchs angeklagt und suspendiert

Als schließlich Ilse-Maria Vrabl-Sanda, Leiterin der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft, am Wort war, platzte die Nachricht herein, dass Oberstaatsanwalt Fuchs von der Staatsanwaltschaft Innsbruck angeklagt wird. Was genau ihm vorgeworfen wird, ist bislang nicht bekannt. Daraufhin wurde dieser gestern mit sofortiger Wirkung einstweilig suspendiert. Über die Suspendierung zu entscheiden hat nun der Oberste Gerichtshof. Justizministerin Zadić hatte diesen Schritt zuvor schon im U-Ausschuss im vertraulichen Teil ihrer Befragung angekündigt.

Vrabl-Sanda räumte ein, dass sich zuletzt einiges zum Positiven gewendet habe, dennoch sieht sie noch massiven Verbesserungsbedarf. Vorstellbar sei für sie sogar eine Aufsicht durch unabhängige Gerichte statt Oberbehörden. Als Reaktion auf die Chats zwischen Fuchs und Pilnacek entzog sie der „SOKO Tape" – diese hätte die Observation durchführen sollen – den Ermittlungsauftrag in der Ibiza-Affäre. Die Ermittlungen seien aber „nicht gefährdet". Offen ist, wer die WKStA künftig unterstützen wird. **Sandra Schieder**

Foto: www.picturedesk.com

Wolfgang Sobotka ist einmal mehr im Fokus: Der umstrittene Präsident des Nationalrats sieht sich mit Ermittlungen konfrontiert. Er bestreitet empört jegliche Vorwürfe.

„kompetente" Frau Jelinek einsetzen. Der damalige Innenminister leitete die Nachricht weiter an Kloibmüller, mit der Bitte um Einschätzung. Die unabhängige Begutachtungskommission jedoch entschied sich für Eigner. Er sei Bestqualifizierter, wie auch Wiens Polizeipräsident Gerhard Pürstl festhielt.

Sobotka: „Es ist ein Zeichen unserer Zeit, dass der politische Diskurs zunehmend mit juristischen Mitteln geführt wird." Man wolle ihn einmal mehr als Vorsitzenden des U-Ausschusses diskreditieren. Sobotka sagt, er habe sich stets auf Expertenkommissionen verlassen. Er fordert Aufklärung, je früher, desto besser. Eine Einvernahme könnte jederzeit stattfinden. Als Innenminister genoss er – im Gegensatz zu Abgeordneten – keine Immunität. **Erich Vogl**

Moment

CONNY BISCHOFBERGER
conny.bischofberger@kronenzeitung.at

Mächtige Worte

Die Macht der Gedanken ist riesengroß, sagte mir der Dalai Lama vor vielen Jahren im Stift Melk bei einem Interview. Dasselbe gilt für Worte, die stets eine Folge von Gedanken sind. Wir meinen, was wir sagen, weil wir es denken.

Was Worte bewirken können, führt der ukrainische Präsident Wolodimir Zelenskij der Weltgemeinschaft seit Ausbruch des Krieges jeden Tag vor Augen – zuletzt vor dem dänischen Parlament. Es stimmt, dass er dabei versucht, die EU und die NATO in diesen Konflikt hineinzuziehen. Aber er kämpft mit seinen friedlichen Worten auch um Werte wie Freiheit und Demokratie für 40 Millionen Menschen.

Was Worte für Schaden anrichten können, hat hingegen der amerikanische Präsident bewiesen. Putin in dieser überaus sensiblen Situation „Schlächter" zu nennen und ihm seinen Platz an der Spitze der Russischen Föderation vor aller Welt abzusprechen war brandgefährlich.

Und manchmal sind Worte auch einfach nur schön. Wie jene von Pamela Rendi-Wagner bei ihrer Grundsatzrede in der Aula der Wissenschaften letzten Sonntag. Perfekt vorbereitet, perfekt vorgetragen, perfekt inszeniert. Hängen geblieben ist allerdings nur, dass Rendi-Wagner Bundeskanzlerin werden will.

Der Kanzlerinnenanspruch ist legitim, aber nicht neu. Was bleibt, ist das Bild mit den fünf sozialdemokratischen Ex-Kanzlern, von denen einer am liebsten aus dem Bild gesprungen wäre. Macht der Männer statt Macht der Worte.

Senat fällt Schuldspruch wegen Handel mit 1,25 Kilo Kokain Nicht rechtskräftig

3,5 Jahre Haft für Ibiza-Detektiv

Als Drogenhändler wurde Ibiza-Detektiv Julian Hessenthaler (41) verurteilt: dreieinhalb Jahre Haft für den Handel mit 1,25 Kilo Kokain. Seiner Behauptung, er sei nur Opfer eines korrupten rechten Polit-Netzwerkes, schenkte der Senat keinen Glauben. Vielmehr folgte er den Aussagen der Belastungszeugen, die von der Verteidigung ja heftig kritisiert worden sind.

Fotos: www.picturedesk.com/FLORIAN WIESER / APA / picturedesk.com

Detektiv Julian Hessenthaler spielte im Ibiza-Video den Begleiter der Oligarchen-Nichte

Fünf Tage wurde bereits verhandelt, am sechsten war klar, dass es in St. Pölten (NÖ) zu einem Urteil kommen würde. Julian Hessenthaler, aus dem Ibiza-Video bestens als Begleiter der angeblichen Oligarchen-Nichte bekannt, betonte neuerlich, dass er zu Unrecht von seinem früheren Geschäftspartner Slaven K. und dessen Geliebter beschuldigt werde. Seine Verteidiger Oliver Scherbaum und Wolfgang Auer setzten diese Argumentation in ihrem Schlussplädoyer fort: zu viele Widersprüche in den Aussagen der beiden, zu viele Unstimmigkeiten.

Die drei von der Anklage behaupteten Übergaben des Suchtgiftes würden immer wieder anders geschildert. Nicht einmal die Übergabeorte seien klar, kritisierten sie. Julian Hessenthaler sei ein Whistleblower, der zu Unrecht als Drogenhändler kriminalisiert werde. Von einem rechten Netzwerk mit beträchtlichen Geldmitteln im Hintergrund.

Für Staatsanwalt Bernd Schneider war die Sache hingegen klar: „Auch wenn die Verteidigung einen Zusammenhang herstellen will, geht es hier nicht um das Ibiza-Video.“ Der Ankläger schildert, dass der Drogenverdacht gegen Julian Hessenthaler rein zufällig aufgekommen ist: „Nach der Veröffentlichung des Ibiza-Videos gab es Hausdurchsuchungen. Dabei fanden wir in einem Staubsaugerbeutel hundert Gramm Kokain.“ Die Besitzerin legte eine Beichte ab und belastete den Angeklagten schwer.

Der Richter folgte dieser Argumentation: „Dass Aussagen nicht völlig übereinstimmen, kommt in Drogenverfahren häufig vor.“ Sehr kritisch wendete er sich gegen die insistierenden Forderungen der Verteidigung nach einem Freispruch: „Es wurde hier der Eindruck erweckt, nur ein Freispruch sei ein richtiges Urteil und wer einen Schuldspruch fällt, sei Teil des Polit-Netzwerkes. Das ist nicht der Fall.“ Und eine von der Verteidigung thematisierte Zahlung von 50.000 Euro an einen Belastungszeugen würde in keinem Zusammenhang zu seiner Aussage stehen: „Da fehlt der zeitliche Konnex.“ Hessenthaler berief sofort. **Peter Grotter**

> *Die Drogenvorwürfe sind erwiesen. Die Verteidigung hat in den sechs Verhandlungstagen nur versucht abzulenken.*
>
> Staatsanwalt Bernd Schneider

> *Ein Whistleblower sollte mithilfe zweier Dealer kriminalisiert werden. In den Aussagen gibt es zu viele Widersprüche.*
>
> Verteidiger Oliver Scherbaum

Die Verteidiger Oliver Scherbaum und Wolfgang Auer